

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 6. August 2009

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu dieser Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die seit unserer letzten Pressekonferenz am 2. Juli 2009 verfügbar gewordenen Daten und Analysen bestätigen unsere Einschätzung, dass das derzeitige Zinsniveau nach wie vor angemessen ist. Wie erwartet, fiel die jährliche Preissteigerung nach dem HVPI im Juli weiter ins Negative, was vor allem zeitlich begrenzten Effekten zuzuschreiben war. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die Preisentwicklung – nach einer Rückkehr der Inflationsraten in den positiven Bereich im zweiten Halbjahr – über die geldpolitisch relevante Frist gedämpft bleibt. Die jüngsten Datenveröffentlichungen und Umfrageergebnisse deuten nach wie vor darauf hin, dass die Wirtschaftstätigkeit im weiteren Jahresverlauf schwach bleiben dürfte, obgleich das Tempo der Kontraktion eindeutig abnimmt. In dieser Einschätzung sind verzögerte negative Effekte berücksichtigt, die in den kommenden Monaten zum Tragen kommen dürften, wie zum Beispiel eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Mit Blick auf das Jahr 2010 wird nach einer Stabilisierungsphase mit einer allmählichen Erholung mit positiven vierteljährlichen Zuwachsraten gerechnet. Die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die Ergebnisse der

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

monetären Analyse bestätigen angesichts der sich nach wie vor verlangsamenden Geldmengen- und Kreditexpansion die Einschätzung eines geringen Inflationsdrucks. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die derzeitige Phase extrem niedriger bzw. negativer Inflationsraten von kurzer Dauer ist und die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum weiterhin gestützt wird.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die seit unserer letzten Pressekonferenz am 2. Juli 2009 verfügbar gewordenen Daten und Umfrageergebnisse haben unsere bisherigen Erwartungen weitgehend bestätigt. Wenngleich die Unsicherheit nach wie vor hoch ist, gibt es vermehrt Anzeichen dafür, dass die weltweite Rezession die Talsohle überwunden hat. Was das Euro-Währungsgebiet anbelangt, so lassen jüngste Umfragen darauf schließen, dass sich das Tempo des Konjunkturrückgangs eindeutig verlangsamt. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Wirtschaftstätigkeit im weiteren Jahresverlauf schwach bleibt. Mit Blick auf das Jahr 2010 wird nach einer Stabilisierungsphase mit einer allmählichen Erholung mit positiven vierteljährlichen Zuwachsraten gerechnet. Die umfangreichen wirtschaftspolitischen Impulse in allen großen Wirtschaftsräumen dürften das Wachstum weltweit, auch im Euroraum, stützen.

Nach Auffassung des EZB-Rats ist die Unsicherheit nach wie vor hoch und müssen wir uns auf eine anhaltende Volatilität bei neuen Daten einstellen. Insgesamt bleiben die Risiken für diesen Ausblick ausgewogen. Einerseits könnten die umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie andere wirtschaftspolitische Maßnahmen stärkere Auswirkungen haben als erwartet. Auch das Vertrauen könnte schneller zunehmen als derzeit angenommen. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken im Zusammenhang mit einer stärkeren oder länger andauernden negativen Rückkopplung zwischen der Realwirtschaft und den Finanzmarkturbulenzen, erneuten Preissteigerungen bei Öl und anderen Rohstoffen, sich verstärkenden Protektionismusbestrebungen, einer ungünstigeren Arbeitsmarktlage als erwartet sowie negativen Entwicklungen in der Weltwirtschaft aufgrund einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so belief sich die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juli auf -0,6 %, nachdem sie im Juni -0,1 % betragen hatte. Dieser weitere Rückgang der jährlichen Inflationsrate war erwartet und spiegelt in erster Linie Basiseffekte wider, die auf die vor Jahresfrist verzeichneten Spitzen bei den Weltmarktpreisen für Rohstoffe zurückzuführen sind.

Mit Blick auf die Zukunft dürften die jährlichen Inflationsraten aufgrund dieser Basiseffekte den Projektionen zufolge vorübergehend negativ bleiben, bevor sie im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder in den positiven Bereich zurückkehren. Aus geldpolitischer Sicht sind solche kurzfristigen Bewegungen allerdings irrelevant. Im Einklang mit verfügbaren Prognosen und Projektionen dürfte die Teuerungsrate künftig im positiven Bereich verweilen, wobei hinsichtlich der Preis- und Kostenentwicklung davon ausgegangen wird, dass diese infolge einer nach wie vor verhaltenen Nachfrage im Euro-Währungsgebiet wie auch in der übrigen Welt moderat bleibt. In diesem Zusammenhang sind die Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken hinsichtlich der Inflationsaussichten sind weitgehend ausgewogen. Sie bestehen insbesondere im Zusammenhang mit den Konjunkturaussichten sowie mit unerwartet hohen Rohstoffpreisen. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten eine anhaltende Abschwächung des Wachstums der weit gefassten Geldmenge und eine weitere Verlangsamung der Kreditzunahme. Die Jahreswachstumsraten der Geldmenge M3 und der Buchkredite an den privaten Sektor beliefen sich im Juni auf 3,5 % bzw. 1,5 % und verzeichneten damit die niedrigsten Werte seit Beginn der dritten Stufe der WWU. Diese Entwicklung stützt die Einschätzung, dass sich die Grunddynamik des Geldmengenwachstums abgeschwächt hat und der Inflationsdruck auf mittlere Sicht gering sein dürfte.

Die Verlangsamung des Geldmengenwachstums seit dem Schlussquartal 2008 geht weiterhin mit einer gewissen Volatilität bei der kurzfristigen Entwicklung von M3 und seiner Komponenten einher. Darin spiegeln sich weitgehend die Auswirkungen der absoluten und relativen Zinsveränderungen auf die Mittelverteilung zwischen Geldanlagen innerhalb und außerhalb der Geldmenge M3 sowie zwischen den verschiedenen Einlagenkategorien innerhalb von M3 wider. In dieser Hinsicht hat die Umschichtung von kurzfristigen Termineinlagen hin zu täglich fälligen Einlagen innerhalb von M3 zu einem weiteren beträchtlichen Anstieg der Geldmenge M1 im Juni geführt.

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

Die Vergabe von Bankkrediten an den nichtfinanziellen privaten Sektor war im Juni weiterhin verhalten, wies aber in den einzelnen Teilsektoren Unterschiede auf. Die Kreditgewährung an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften nahm wegen eines kräftigen Rückgangs der ausgegebenen kurzfristigen Kredite einen deutlich negativeren Verlauf. Die Ausreichung von Krediten an private Haushalte gestaltete sich zugleich etwas positiver als im Vormonat. Die Nachfrage nach Kreditmitteln scheint durch die anhaltende Unsicherheit gedämpft worden zu sein. Der jüngsten Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet zufolge verschärften die Kreditgeber ihre Kreditrichtlinien jedoch in deutlich geringerem Umfang. Angesichts der bevorstehenden Herausforderungen sollten die Banken angemessene Maßnahmen ergreifen, um ihre Eigenkapitalbasis weiter zu stärken, und gegebenenfalls die staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors voll ausschöpfen, vor allem was die Rekapitalisierung betrifft.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung am 2. Juli 2009 verfügbar geworden sind, die Einschätzung des EZB-Rats bestätigen, dass das aktuelle Leitzinsniveau nach wie vor angemessen ist. Wie erwartet, fiel die jährliche Preissteigerung nach dem HVPI im Juli weiter ins Negative, was vor allem zeitlich begrenzten Effekten zuzuschreiben war. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die Preisentwicklung – nach einer Rückkehr der Inflationsraten in den positiven Bereich im zweiten Halbjahr – über die geldpolitisch relevante Frist gedämpft bleibt. Die jüngsten Datenveröffentlichungen und Umfrageergebnisse deuten nach wie vor darauf hin, dass die Wirtschaftstätigkeit im weiteren Jahresverlauf schwach bleiben dürfte, obgleich das Tempo der Kontraktion eindeutig abnimmt. In dieser Einschätzung sind verzögerte negative Effekte berücksichtigt, die in den kommenden Monaten zum Tragen kommen dürften, wie zum Beispiel eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Mit Blick auf das Jahr 2010 wird nach einer Stabilisierungsphase eine allmähliche Erholung mit positiven vierteljährlichen Zuwachsraten erwartet. Die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt angesichts der sich nach wie vor verlangsamenden Geldmengen- und Kreditexpansion die Einschätzung eines geringen Inflationsdrucks. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die derzeitige Phase extrem niedriger bzw. negativer Inflationsraten von kurzer Dauer ist und die Preisstabilität

auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum weiterhin gestützt wird.

Da die Transmission der Geldpolitik mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgt, sollten unsere geldpolitischen Maßnahmen nach und nach in vollem Umfang auf die Wirtschaft durchschlagen. Mit allen bislang ergriffenen Maßnahmen – einschließlich des Ankaufs von gedeckten Schuldverschreibungen – wird die Geldpolitik somit die privaten Haushalte und die Unternehmen fortlaufend stützen. Sobald sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld wieder aufhellt, wird der EZB-Rat dafür Sorge tragen, dass die ergriffenen Maßnahmen rasch rückgängig gemacht werden und die bereitgestellte reichliche Liquidität abgeschöpft wird. Jeglicher Gefahr für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht wird somit wirksam und rechtzeitig entgegengewirkt. Der EZB-Rat wird weiterhin sicherstellen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen fest verankert bleiben. Diese Verankerung ist zur Stützung eines nachhaltigen Wachstums sowie der Beschäftigung unerlässlich und trägt zur Finanzstabilität bei. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so begrüßen wir die Position der Eurogruppe, weitere fiskalpolitische Stimulierungsmaßnahmen vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Aussichten sowie der prognostizierten Entwicklung der Haushaltsdefizite und des Schuldenstands nicht zu befürworten. Die Haushaltspläne für 2010, die gegenwärtig in einer Reihe von Ländern zum Abschluss gebracht werden, und mittelfristige Konsolidierungsstrategien sollten ein Bekenntnis zu einer raschen Rückkehr zu soliden und nachhaltigen Staatsfinanzen darstellen. Dementsprechend sollten die Regierungen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ehrgeizige sowie realistische Ausstiegs- und Konsolidierungsstrategien für die Finanzpolitik erarbeiten und kommunizieren. Mit dem strukturellen Anpassungsprozess sollte in jedem Fall spätestens mit der Konjunkturerholung begonnen werden, und im Jahr 2011 sollten die Konsolidierungsanstrengungen verstärkt werden. Die strukturellen Konsolidierungsbemühungen werden den im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Richtwert von 0,5 % des BIP pro Jahr deutlich übersteigen müssen. Bei Ländern mit hohen Defiziten bzw. hohen Schuldenquoten sollte die jährliche strukturelle Anpassung mindestens 1 % des BIP betragen. Angesichts der für längere Zeit bestehenden Risiken eines niedrigeren Potenzialwachstums im Euro-Währungsgebiet sollten die Regierungen ihre Staatsausgaben in angemessener Weise an die neue gesamtwirtschaftliche Lage anpassen und die kräftigen Anstiege der Staatsausgabenquoten so bald wie möglich

umkehren. Dies ist auch notwendig, um die Staatshaushalte auf die künftige alterungsbedingte Ausgabenbelastung vorzubereiten.

Im Hinblick auf die **Strukturpolitik** gilt es, die Bemühungen in Bezug auf die Strukturreformen zu verstärken, um ein nachhaltiges Wachstum im Euroraum zu unterstützen. Eine angemessene Lohnsetzung und ein hinreichendes Maß an Flexibilität zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass sich die Krise nicht nachhaltig negativ auf die Arbeitsmärkte auswirkt. Daher ist es äußerst wichtig, angemessene Arbeitsanreize zu schaffen. Zugleich werden Maßnahmen zur Beschleunigung von Umstrukturierungen und Investitionen im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs die für das Einsetzen einer nachhaltigen Erholung erforderlichen Geschäftsmöglichkeiten und Produktivitätsgewinne bieten.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.